

Editorial

Frankreich beansprucht zu Recht eine Sonderrolle in der Welt und eine Führungsrolle in Europa, wie Medard Ritzenhofen im „Kommentar“ erläutert. Neben seinem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, seinem weltweit gestreuten postkolonialen Besitz und dem Bund der mehr als 50 frankophonen Staaten kann es auch noch auf eine besonders hohe Akzeptanz in der muslimischen Welt setzen.

Gleichwohl stößt Frankreichs Außenpolitik an die Grenzen ihrer Glaubwürdigkeit. Ritzenhofen schildert, wie französische Soldaten nach dem Fiasko in Ruanda nun in der Elfenbeinküste in schwieriger Mission stehen, nämlich an einer afrikanischen Front zwischen ivoirischen Regierungstruppen und Rebellenarmee. Jacques Chirac, der nicht zögert die USA vor kolonialen Ambitionen im Irak zu warnen, sieht sich nun selbst in Abidjan mit dem Vorwurf kolonialer Einmischungspolitik konfrontiert. Interessanterweise waren es die USA, nicht die von Paris umschmeichelten Machthaber in Moskau und Peking, welche die französische Politik während der Krise in der Elfenbeinküste vorbehaltlos und nachdrücklich unterstützt haben.

Die öffentliche Meinung wirkt desorientiert. Niemand kann sagen, was Chirac in der Elfenbeinküste eigentlich wollte oder will. Das hängt damit zusammen, dass die französische Nationalversammlung als einziges Parlament des Westens kein Recht hat, über außenpolitische Themen wie Afrika oder jetzt auch den Türkeibeitritt zur Europäischen Union zu befinden. Das tut allein der Staatspräsident, der bereits erklärt hat, dass er für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stimmen wird, obwohl nicht nur die Bevölkerung mehrheitlich einen EU-Beitritt der Türkei ablehnt, sondern auch Chiracs eigene Regierung. Chiracs dezidiertes Eintreten für die Türkei ist nicht frei von Risiken. Eine Bevöl-

kerung, die ihre Ansichten zu zentralen politischen Fragen auf so eklatante Weise ignoriert sieht, könnte durchaus versucht sein, die Gelegenheit des Referendums über die EU-Verfassung zu nutzen, um ihrem Unmut Luft zu verschaffen.

Dass es durchaus auch einen systematischen Zusammenhang zwischen den Vorstellungen von Europa und der Frage eines Beitritts der Türkei gibt, legt die Analyse der Politikwissenschaftlerin Sylvie Goulard nahe. Danach zeigt spätestens die Entscheidung zugunsten der Türkei, dass Europas Politiker ihren (hier von Ulrike Guérot erläuterten) strategischen Überlegungen einen klaren Vorrang vor einer Vertiefung der Union einräumen. Aber Europa ist eine in der Welt anerkannte Macht nur in den Bereichen, in denen eine supranationale Politik betrieben wird, also im Bereich des Wettbewerbs, des Handels und der Währung. So könnte es sein, dass sich die mit der Türkei verbundenen strategischen Hoffnungen nicht erfüllen, während zugleich das alte „Monnet“-Europa der fortschreitenden Integration zu Grabe getragen wird.

Nach unserem Redaktionsschluss werden die französischen Sozialisten am 1. Dezember 2004 darüber abstimmen, ob sie für ein Nein beim Referendum über den Konventsentwurf für das künftige Europa plädieren werden. Die Motive derer, die für ein Nein werben, sind dabei keineswegs, wie in der Presse gerne unterstellt, einfach nur opportunistischer Natur. Dies belegt die Analyse der sozialistischen Europaabgeordnete *Pervenue Berès* auf höchst eindrucksvolle Weise. Sie zeigt auf, wo die Regierungskonferenz mögliche Fortschritte verhindert und die integrationspolitische Stoßrichtung des Konventsentwurfs nachträglich abgeschwächt, wenn nicht umgekehrt hat. Aber wird ein französisches Nein ausreichen, die Europäer wieder auf den Weg der Integration zu bringen?

JOHANNES THOMAS